

Mühlacker: Schwangerer in den Bauch getreten



In Mühlacker (nahe Pforzheim) hat sich ein abscheulicher Vorfall ereignet: Ein 55-jähriger Vermieter hat seine hochschwangere Mieterin mit einem Beil und einer Eisenstange bedroht und ihr schließlich in den Bauch getreten. Die 27-Jährige musste zur Beobachtung in ein Krankenhaus gebracht werden, doch auch dorthin stellte ihr der Vermieter mit seiner 15-köpfigen Sippe nach. Nun ist sie in ein anderes Krankenhaus verlegt worden und steht unter Polizeischutz. Gegen den Vermieter wird wegen Körperverletzung ermittelt, möglicherweise auch wegen Landfriedensbruchs.

Von weiteren Details zu dieser Tat berichtet das [Mühlacker Tagblatt](#):

Um 18.15 Uhr rückte dann eine etwa 15-köpfige Gruppe an und erkundigte sich abermals auf verdächtige Art und Weise nach der Schwangeren. Als die „Besucher“ registrierten, dass die Polizei im Anmarsch war, hätten sie wiederum die Flucht ergriffen. Allerdings war das der Auslöser für verschärfte Sicherheitsmaßnahmen, die für einiges Aufsehen sorgten. Unter anderem wurden Besucher am Eingang kontrolliert, auch in den Fluren der betreffenden Station herrschte erhöhte Wachsamkeit.

Später, so die Polizei, habe sich herausgestellt, dass am VW des Mieter-Ehepaars, der zwischen 18.15 Uhr und 19.40 Uhr auf dem Krankenhausparkplatz stand, alle vier Reifen zerstochen worden waren. Zu der Sachbeschädigung sucht das Polizeirevier

Mühlacker nun dringend Zeugen. Im Krankenhaus erzählte man sich gestern, eine Reinigungskraft habe am Morgen auf einer Herrentoilette ein Messer gefunden.

Bisher gibt es keine Informationen zur Identität des Vermieters und seiner Sippschaft, aber man kann sich seinen Teil denken, wenn man die Chronologie der Ereignisse betrachtet...



Marburg: Anschläge gegen Burschenschaften



Nach der Diskussionsveranstaltung „Europäische Visionen – Alternativen zur EU“ in der Marburger Burschenschaft Germania und der medialen Hetzkampagne in ihrem Vorfeld ([PI berichtete](#)) ist es in der Universitätsstadt zu einer ganzen Anschlagsserie gegen

Studentenverbindungen gekommen: Linksextremisten warfen mehrere Fensterscheiben ein und beschmissen Fassaden mit Farbbeutel (Foto). Ein Burschenschafter, der nach dem Rechten sehen wollte, wurde durch einen Faustschlag ins Gesicht verletzt.

Die „Oberhessische Presse“ [schreibt](#):

In den Nächten zum Samstag, Sonntag und Montag kam es vor drei Verbindungshäusern in der Lutherstraße und Barfüßertor zu Sachbeschädigungen, Hausfriedensbruch und in einem Fall zu einer Körperverletzung. Möglicherweise waren diese Attacken eine Reaktion auf eine Diskussionsveranstaltung am Samstag.

In der Nacht zum Samstag zerplatzten mehrere mit unterschiedlichen Farben gefüllte Luftballons an der Wand des Hauses einer Landsmannschaft und führten zu einer erheblichen Farbverschmutzung, wie die Polizei gestern mitteilte.

In der folgenden Nacht skandierten Unbekannte gegen 1.40 Uhr Parolen und warfen Schneebälle gegen ein anderes Verbindungshaus in der Lutherstraße. Als die Tür des Hauses aufging, schlug ein Täter zu und fügte einem 30-Jährigen eine Platzwunde über einem Auge zu. Die Gruppe, es soll sich um mindestens fünf Personen gehandelt haben, flüchtete zu Fuß.

In der Nacht zu gestern gegen 2.30 Uhr zerstörten Steine zwei Fensterscheiben eines Verbindungshauses am Barfüßertor. Außerdem entstand weiterer Schaden durch mit Farbe gefüllte Flaschen, die an der Fassade zerplatzten. Nur in diesem Fall liegt der Polizei eine vage Täterbeschreibung vor. Die beiden zwischen 1,70 und 1,80 Meter großen, schlanken und dunkel gekleideten Männer sollen nach dem Angriff zu Fuß in Richtung Wilhelmsplatz geflüchtet sein.

Ein einem Schreiben, das der OP per E-Mail zugeschickt wurde, bekennt sich unter der Überschrift „Fernsehabend von Burschenschaft mit Farbe und Steinen versüßt“ vermeintlich die „Antifa Lutherstraße“ zu der Attacke auf das Haus der

Normannia, die eine Reaktion auf den „Marburger Diskurs“ gewesen sei. „Mit Steinen haben wir sie vor einem langweiligen Fernsehabend bewahrt und für die nötige Stimmung gesorgt“, heißt es darin. Man habe beschlossen, zu zeigen, „wie sich Krieg wirklich anfühlt. Spritzende Farbe und klirrende Scheiben sollten die passenden Effekte geliefert haben“. Außerdem kündigte der Verfasser „nächste Besuche“ an. Der gleiche Text wurde auch in einem Internet-Blog veröffentlicht.

Am Samstag hatte die rechtsextreme Burschenschaft Germania drei Redner zum Motto „Alternativen zur EU“ eingeladen, die dem Spektrum der neuen Rechten zugeordnet werden: Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur der neonazistischen Zeitschrift „Zuerst“, Erik Lehnert, Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS) und Redakteur der zugehörigen Zeitung „Sezession“ sowie Felix Menzel, Gründer und Chefredakteur des nationalistischen Jugendmagazins „Narzisse“.

Sowohl Marburgs Oberbürgermeister Egon Vaupel als auch der Asta hatten die Diskussionsveranstaltung im Vorfeld kritisiert. „Ich verurteile solche Attacken“, sagte Vaupel gestern. Diese Aktionen hätten „nichts mit dem Demonstrationsrecht zu tun“.

Kürzlich [bediente](#) sich die „Oberhessische Presse“ noch bei einer Pressemitteilung der autonomen Antifa – nun gibt ihr Letztere wieder Anlass für einen Artikel. Ein eingespieltes Team eben...

GroKo plant „blinde

Masseneinbürgerung“



Kaum im Amt,

streiten Union und SPD über das Staatsbürgerschaftsrecht: Die SPD will mit aller Macht die doppelte Staatsbürgerschaft für Bürger mit Migrationshintergrund durchsetzen. In den Koalitionsverhandlungen einigte sie sich mit der Union darauf, dass die bestehende Optionspflicht zumindest für diejenigen Kinder von Ausländern entfallen soll, die hier „geboren“ und „aufgewachsen“ sind. Sie sollen automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und könnten zusätzlich etwa die türkische behalten. Von diesen Plänen hält der renommierte Staatsrechtler Josef Isensee gar nichts. „Die Idee der doppelten Staatsangehörigkeit ist schon 1999 eine Spielerei mit einer ernstesten Sache gewesen. Denn die doppelte Staatsangehörigkeit ist im Grunde ein Verzicht auf Integration. Und das wird jetzt durch die Pläne der Koalition perfektioniert“, sagte Isensee der „Welt“... ([Fortsetzung hier in WELT!](#))



Remscheider SPD-Chef beschmiert Möbelhaus



Im monokulturell-islamfreundlichen, bunten und toleranten NRW-Städtchen Remscheid, wo Superintendent Hartmut Demski untertänig um [Spenden für die neue DITIB-Moschee](#) bettelte, zeigt die politische Elite natürlich auch höchsten Einsatz im „Kampf gegen Rechts“. Nachdem im Stadtteil Lennep Graffiti mit vermeintlich rechten und peinlich überzogenen Sprüchen gesichtet und von der Stadtverwaltung umgehend entfernt wurden, fühlten sich SPD und Linke persönlich belästigt und holten zum mutigen Gegenschlag aus.

(Von Verena B., Bonn)

Die Polizei staunte allerdings nicht schlecht, als sie den Remscheider SPD-Boss Sven Wolf, MdL, seinen Genossen Sven Wiertz aus dem Remscheider Stadtrat und den Linken Fraktionschef Fritz Beinersdorf höchst persönlich dabei ertappten, als sie auf die Wand eines leerstehenden Möbelhauses die links-antirassistischen Losungen „Kein Platz für Rassisten“ und „Alle Nazis raus“ sprühten. Glaubt man dem Artikel des [Remscheider General-Anzeigers](#), sollen diese Schmierereien sogar in Absprache mit dem Wuppertaler Polizeipräsidium erfolgt sein.

Der aufrechte Sven Wiertz rechtfertigt die Graffitis: „Wir wollen, und zwar parteiübergreifend, deutlich machen, dass bei uns im öffentlichen Raum kein Platz für solche Parolen ist.“ Den Vorwurf des CDU-Politikers Jens Nettekoven an seinen NRW-Landtagskollegen, man dürfe eine Ordnungswidrigkeit nicht mit einer anderen bekämpfen, wischten die Täter vom Tisch: Der Eigentümer des Gebäudes habe das gestattet, immerhin präsentierten sie „eine positive Botschaft“. So viel Engagement bedarf einiger Erläuterungen.

Der um das Amt des Oberbürgermeisters hechelnde Wolf nimmt in seiner [Kandidatenrede](#) zu den aktuellen Umtrieben in Remscheid wie folgt Stellung:

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Partei hat eine lange Tradition. 150 Jahre, auf die wir stolz sein können. Ein Augenblick, auf den wir so stolz sind wie auf keinen anderen, ist die Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz und den Mut der Genossinnen und Genossen, sich gegen die Nationalsozialisten zu stellen. Ein Moment, der auch Verpflichtung ist für jeden von uns.

Übermalen von rechtsradikalen Parolen? War das richtig, war das klug? Von vielen von Euch habe ich, auch nach der öffentlichen Kritik der CDU, Zuspruch erhalten. Was ist an dem Satz: „Lennep kein Platz für Rassisten“ verkehrt? Das können doch alle Demokraten in unserer Stadt unterschreiben? In einer Woche wird die DITIB Gemeinde hier in Remscheid den Grundstein für den Neubau ihrer Moschee legen. Das ist ein gutes und wichtiges Signal. Menschen, die ihr Gotteshaus errichten, zeigen: Sie fühlen sich heimisch und angenommen. Es war mir eine Herzenssache, unseren Integrationsminister Guntram Schneider zu fragen, ob er dabei sein kann. Er war begeistert und hat sofort zugesagt, uns zu besuchen und mit uns gemeinsam ein Zeichen zu setzen.

Das ist ein unmissverständliches Zeichen. An alle, die

Remscheiderinnen und Remscheider gegeneinander ausspielen wollen. Besonders aber auch an diejenigen, die in den letzten Wochen unsere Heimatstadt mit fremdenfeindlichen Parolen verschandelt haben.

Da war es richtig schnell zu handeln. Das war keine politische Aktion, sondern eine Selbstverständlichkeit. Ich hätte nicht geglaubt, welche Wellen diese Selbstverständlichkeit schlägt. Dabei sind verrückte Emails, anonyme Anrufe von Rechtsradikalen noch die harmlosen Folgen. Dass aber eine rechts-populistische Tageszeitung das Thema auf Seite 2 vermeldet und Sven, Fritz Beinersdorf und mich verhöhnen, geht zu weit. Dazu, frech und dreist, wie Rechten sind, gibt es ein Belegexemplar und ein Abo-Angebot gleich mit. Als ich diesen Artikel las, waren meine Zweifel weg. Jetzt weiß ich: das war richtig. Remscheid ist eine Stadt, in der Menschen aus über 110 verschiedenen Nationen friedlich miteinander leben. Remscheid ist eine Stadt, in der kein Platz für menschenverachtende Parolen ist. Remscheid ist eine Stadt, in der wir den rechten Rattenfängern nicht auf den Leim gehen werden. Wir sind für ein tolerantes – für ein vielfältiges Remscheid!

Weiteres Geschwurbel des mit Innenminister Jäger, Hannelore Kraft und der Islam-Lobby kuschelnden Genossen siehe [hier](#).

Eine islam- und Euro-kritische Bürgerbewegung (PRO NRW) ist den Blockparteien natürlich ein Dorn im Auge. Daher droht Wolf den genervten Bürgern am Ende seiner Rede mit „mehr als 3.000 Hausbesuchen und Einzelgesprächen“ und sagt:

Am Schluss werde ich meine Hausbesuche bestimmt wieder nur noch in Turnschuhen schaffen. Das Gespräch an der Haustüre bereichert. Jede Begegnung, jede Geschichte, die ihr hören werdet, wird Euch begleiten und wenn ihr dann später in einer langatmigen Sitzung über „langweilige“ Vorlagen berätet und Euch fragt, warum mache ich das eigentlich: Dann erinnert

Euch an die Geschichten! Dafür machen wir das. Das gibt uns die Kraft und den Antrieb, weder Mut noch Kreativität zu verlieren!

Der Remscheider PRO NRW-Kreisvorsitzende André Hüsgen stellt sich kopfschüttelnd die Frage, wem völlig überzogene und angeblich „rechte“ Parolen nützen. Das wäre schließlich nicht das erste und gewiss auch nicht das letzte Mal, dass [Linksextremisten unter falscher Flagge Parolen sprühen](#), damit auch vernünftige, patriotisch ausgerichtete Politik desavouiert wird.

Leider haben die ganzen Anstrengungen dem pflichtbewussten, verantwortungsvollen und glühenden ~~Lügen~~Patrioten Wolf nichts genutzt: In der internen [Wahl zum SPD-Kandidaten](#) ist er, wenn auch nur knapp, durchgefallen.

Doch sicher bleibt der Verlierer heiter und macht weiter. Die Umerziehung der Remscheider Bürger zu hörigen Untertanen ist schließlich parteiübergreifend eine lebenslange Aufgabe.

Kontakt:

Sven Wolf (SPD-MdL)
Büro Remscheid
Elberfelder Straße 39
42853 Remscheid
Telefon: (02191) 8 42 35 64
Telefax: (02191) 8 42 35 67
sven.wolf@landtag.nrw.de

en kämpfen um Unterstütze



SZ: FREIHEIT „offen ausländerfeindlich“

arteien kämpfen um Unterstützer



Münchens dunkelroter Oberbürgermeister Ude bekämpft DIE FREIHEIT mit fiesen Tricks. [Sein Auslegen der Anti-FREIHEIT-Flyer](#) in der Unterzeichnungsstelle für die Kommunalwahl wurde jetzt von der [Anwaltskanzlei der FREIHEIT](#) gestoppt. Die SZ sekundiert das antidemokratische Treiben Udes publizistisch und betreibt seit zwei Jahren eine Anti-FREIHEIT-Kampagne. Die Verbindung zwischen Ude und SZ ist eng: Sein nazi-verherrlichender Vater Karl war nach Kriegsende Redakteur bei der SZ. Wie der Vater, so der Sohn: Auch Christian Ude schrieb für die Süddeutsche. Jetzt verleumdet SZ-Redakteur Dominik Hutter DIE FREIHEIT als „offen ausländerfeindlich“, was eine böartige, wahrheitswidrige und realitätsumkehrende Diffamierung darstellt.

(Von Michael Stürzenberger)

Mit Lügen arbeitete die SZ schon öfters: So versuchte sie den Ruf des linken Gegendemonstranten, Israelhassers und Natalie-Prager-Vaters „*Deutsche, wehrt Euch, kauft nicht bei Juden!*“ [der FREIHEIT unterzuschieben](#), was erst vor Gericht gestoppt werden konnte. Wie schlimm der linke Sumpf in München herumfuhrwerkt, wird durch die intensiven Aktivitäten der FREIHEIT ans Tageslicht gebracht.

In seinem Artikel „Parteien kämpfen um Unterstützer“ diffamiert Lokalredakteur Dominik Hutter DIE FREIHEIT allen Ernstes als „offen ausländerfeindlich“:

Die islamfeindliche Partei „Die Freiheit“ hat bislang 798 Unterstützer, ihr OB-Kandidat Michael Stürzenberger 692. Die „Freiheit“, die seit Monaten Unterschriften gegen eine Münchner Moschee sammelt, gilt als fanatisch und offen ausländerfeindlich.

Seit zweieinhalb Jahren führt DIE FREIHEIT wöchentlich Kundgebungen in München durch. Mittlerweile müsste es jeder erntzunehmende Journalist in München mitbekommen haben, wie viele Ausländer dort zugegen sind: Hunderte geflüchtete Christen aus dem Irak, Iran, Ägypten und Syrien sprechen uns bei unseren Kundgebungen ihren Dank für unsere Arbeit aus. Tausende Kroaten, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Polen, Griechen, Spanier und Italiener haben unser Bürgerbegehren bereits unterzeichnet. Sogar etwa 90 wirklich „moderate“, demokratieüberzeugte und integrierte Moslems. Viele Kemalisten, Aleviten und Christen aus der Türkei unterstützen uns. All jene dürften sich sehr über diese linke Kampfpropaganda der Süddeutschen Zeitung wundern. Auf diese Absurdität hat eine türkischstämmige Bürgerin und Ex-Muslimin aus München, die der FREIHEIT gut bekannt ist, in einem Leserbrief an den Federknecht geantwortet:

Sehr geehrter Herr Hutter,

in Ihrem gestrigen Artikel „Parteien kämpfen um Unterstützer“ schreiben Sie, die Partei DIE FREIHEIT gelte als „offen ausländerfeindlich“ und „fanatisch“. Sie transportieren damit das Wunschdenken und die Bösartigkeit der Wagenburg-Fraktionen im Stadtrat. Alle scheuen die politische Auseinandersetzung mit den Fakten, Argumenten und Zitaten der FREIHEIT wie der Teufel das Weihwasser. Also muß eine Totschlag-Diffamierung her.

Ganz besonders infam sind die Flyer, die Ude & Co. nicht nur innerhalb der Bannmeile, sondern sogar noch im Abstimmungslokal in der Stadtinformation und im KVR großflächig so feilbieten, daß jeder praktisch mit der Nase drauf gestoßen wird. Egal, ob zum Widerruf der Unterstützerunterschrift aufgerufen wird oder zur Nichtunterstützung, beides ist massive unlautere Wahleinflußnahme der Stadtverwaltung und einer Demokratie absolut unwürdig. Darüber verlieren Sie, sehr geehrter Herr Hutter, kein Wort.

Ich bin gern Deutsche geworden und kenne genügend Mitglieder der FREIHEIT und ihre besonnenen Ziele. Das Gegenteil zu Ihrer Aussage ist richtig: Es geht gemäßigt und sachlich zu. Überproportional viele sind Neudeutsche oder Ausländer. Was die FREIHEIT mittels Aufklärung und Warnung bekämpft, sind nicht Ausländer, sondern die Gegner und Hasser unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ungeachtet ihrer Nationalität.

Sie machen sich schuldig mit Ihrer wiederkehrenden Falschinformation an die Leser. Ich, eine Ex-Muslima, wünschte, es gäbe mehr Politiker mit Mut, Charakterstärke und Durchhaltevermögen. Das unselige Bündnis gegen Rechts bekämpft alles, was nicht links ist, also auch DIE FREIHEIT und diese ganz besonders. Es greift auf Steuermittel zurück und bezahlt davon Dauerstörer, Spucker, Plakatzerstörer, Tröter und Krakeeler. Auch darüber berichten Sie nichts.

Dabei ist es die FREIHEIT, die effizient Rechtsradikale aus ihren Reihen fernhält, während Ude, Offman oder Idriz und ihresgleichen die Nähe zu Grauen Wölfen, zum Terrorfinanzierer aus Katar oder zur aida-gesteuerten Antifa eher suchen als meiden. Der Straßenterror der Linksautonomen und der antifaschistischen Blöcke erinnert nicht nur an SA und Rotfront, sondern auch an Baader, Meinhof, Ensslin, Klar, Albrecht, Mohnhaupt, Raspe, Meins und Viett.

Ich bitte Sie, diese Zustände nicht herbeizuschreiben. Damals wäre Deutschland vor dem Linksterrorismus beinahe in die Knie gegangen. Die NSU-Morde sind ein Desaster für Deutschland und es ist perfider Mißbrauch, damit und mit der erlogenen Extremismuskeule die Verteidiger der Freiheit zu etikettieren.

München braucht weder eine monströse Moschee am Gotzinger Platz noch ein Islam-Zentrum am Stachus. Sie dienen den Moslems weniger als Gebetshäuser denn als machtvolles Signal der erfolgreichen Eroberung und der Aufforderung zu weiterer korangebotener Eroberung im abendländischen und aufgeklärten Gastgeberland Deutschland. Bitte denken Sie an die Hunderttausende aus dem muslimischen Halbmond, die in München und Deutschland mit allen Menschen in Frieden und Wohlstand leben wollen und die barbarischen Inhalte der Scharia aus eigener leidvoller Erfahrung und deshalb aus vollster Überzeugung ablehnen.

Der muslimische Imperialismus ist menschenfeindlich, denn er will den Großteil der Menschheit unterjochen oder töten; faschistisch, denn es gilt die Gottesdiktatur nach gusto der Ulemaclique; und als rassistisch, denn er kennt nur die Halal, d.h. die Gläubigen, und die Haram, d.h. die Lebensunwerten wie Sie und mich; und er ist sexistisch, indem er die Frauen unter die Knute der Männer stellt und ihnen Schläge verheißt.

Bundespräsident Gauck fordert wiederkehrend Zivilcourage.

Stürzenberger und seine Leute zeigen sie. Sie kämpfen demokratisch und redlich. Sie als verantwortungsbewußter Journalist dürfen sich ein bleibendes Beispiel an ihnen nehmen. Er hält dem fiesesten Druck stand, seien es Kontosperrungen, Böller im Briefkasten als Morddrohung nach orientalischer Art oder Verleumdungen am Fließband in der SZ.

Bitte anonymisieren Sie meinen Namen und meine Adresse im Falle der Weitergabe. Ich möchte nicht abermals Opfer religiöser Fanatiker werden. Vielen Dank!

In Sorge um das Erlöschen unserer einst souveränen Presse grüße ich Sie freundlich

Dem ist nichts hinzuzufügen. Auf dem [Titelfoto des üblen Machwerks](#) ist auch ein weiterer fieser Trick von Ude zu sehen: Eine bekopftuchte Mitarbeiterin des Kreisverwaltungsreferates, die gewiss nicht zufällig in die Unterschreibsstelle der Stadtinformation plazierte wurde. Auf diese Weise soll den Unterzeichnern für den Wahlantritt der FREIHEIT wohl ein schlechtes Gewissen eingebläht werden.

Ungeachtet dessen geht DIE FREIHEIT in den Schlußspurt um die Teilnahme an der Stadtrats- sowie der OB-Wahl. Am heutigen Samstag sind die Unterzeichnungsstellen für die Unterstützungsunterschrift von 9-16 Uhr geöffnet, am Marienplatz ab 10 Uhr. Dort findet zeitgleich eine große Demonstration der linksextremen Nato-Hasser statt, was ein gewisses Salz in der Suppe bedeuten dürfte. So bekommen Münchens Bürger hautnah zu spüren, was die linksextreme Szene für widerliche Gestalten aufzubieten hat.

Kontakt:

» dominik.hutter@sueddeutsche.de